



Etatrede 2011

Stadtverordnetenversammlung am 18.11.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,

verehrte Bürgerinnen und Bürger im Zuhörerbereich,

als letzter Redner in der Runde der Fraktionen erspare ich mir und Ihnen, nun erneut über die Tatsache zu philosophieren, wie schlecht die wirtschaftliche Lage war, die zu der angespannten Haushaltslage in Drolshagen geführt hat. Auf Rosen war der Haushalt in Drolshagen angesichts der hohen Verschuldung wohl nie gebettet. Wer würde sich heute der Hoffnung auf Besserung der wirtschaftlichen Lage verschließen. Wir Drolshagener Sozialdemokraten schließen uns diesen Erwartungen an und sehen den Bemühungen der neuen Landesregierung, die finanzielle Ausstattung der Kommunen deutlich zu verbessern, mit Spannung entgegen.

War es in der Vergangenheit so, dass das Thema Haushaltsplanung in der Regel im Herbst eines jeden Jahres mit Einbringung des Haushaltes behandelt wurde, hatten wir dieses Jahr bereits zu Jahresbeginn den zukünftigen Haushalt auf der Tagesordnung: Nicht unmittelbar, so doch mittelbar. Der diesjährige von Ihnen, der CDU mit der Bürgermeisterstimme verabschiedete Haushalt ist seitens des Landrats erheblich kritisiert worden. Die Verwaltung musste mehrmals nacharbeiten. Nur durch die Auflösung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen konnte ein Haushaltsausgleich erfolgen. Wir hatten im letzten Jahr bereits auf die Problematik des mangelhaften Ausgleichs hingewiesen. Unsere Prophezeiungen diesbezüglich sind – leider – eingetreten. Ich will es an dieser Stelle dabei belassen und auch nicht die einzelnen handwerklichen Fehler auflisten, die zu der roten Karte des Landrates als Kommunalaufsicht führten. Im Übrigen findet sich im Vorbericht nicht der geringste Hinweis darauf, welchen Maßnahmen nach Beschlussfassung des Haushaltes im letzten Jahre ergriffen werden mussten, um haushaltsrechtlich die Enden wieder zusammen zu bekommen. Wir haben aber schließlich die notwendigen Korrekturen zum Ausgleich des Haushalts in diesem Jahr mitgetragen.

Auf unsere Anregung hin wurde ein interfraktioneller Arbeitskreis mit dem Thema Haushaltskonsolidierung gebildet. Ich hatte bereits an anderer Stelle schon die konstruktive Arbeitsatmosphäre gelobt. Die Beteiligten waren sich dem Grunde nach einig, dass Sparpotentiale – sollte es nicht völlig schmerzen – im Wesentlichen ausgeschöpft sind. Der Katalog der freiwilligen Leistungen sollte nicht angetastet werden. Das Thema Steuererhöhung – hier Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B, Hunde- und Vergnügungssteuer – wurde angepackt. Auch hier bestand Einvernehmen, die Steuersätze nicht anzuheben. Leider hat der Schulterschluss dieses interfraktionellen Arbeitskreises nicht lange und tragbar angehalten. Kündigte auf der einen Seite die UCW mit nicht nachvollziehbarer Begründung die Teilnahme am Arbeitskreis auf, stellte die

CDU den Antrag auf Erhöhung der Musikschulbeiträge und griff damit in den Bereich der freiwilligen Leistungen – im Übrigen ohne stichhaltige Begründung und ohne Not – ein. Schade, dass das Einvernehmen der ersten beiden Sitzungen des Arbeitskreises nicht gehalten hat. An dieser Stelle mache ich darauf aufmerksam, dass den Bürgern Drolshagens ohnehin aufgrund der von der Mehrheit beschlossenen Niederschlagswassergebühr kräftig in die Geldbörse gegriffen wurde. Dies gilt zumindest für die Gebührenzahler außerhalb der Kernstadt Drolshagens, die bislang einen Teilanschluss inne hatten und nun trotz hoher Eigeninvestitionen kräftig zur Kasse gebeten wurden. Wir hatten für eine andere Gestaltung der Gebühr geworben, um besondere Härten zu vermeiden. Sie haben unsere Bedenken in den Wind geschlagen. Da muss man sich dann auch nicht wundern, wenn sich Bürger – hierunter auch ein ehemaliges CDU-Fraktionsmitglied – mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht zur Wehr setzen.

Der Stadt ist ferner ein finanzielles Abenteuer erspart geblieben: Der Träger des Kindergartens „Herrenscheider Kinderneest“ hat seine Planung, den Kindergarten zum Mehrgenerationenhaus auszubauen, eingestellt. Es war zumindest informierten Kreisen bekannt, dass die öffentliche Förderung derartiger Projekte endlich war. In jüngster Zeit konnte der Presse entnommen werden, das bestehende Mehrgenerationenhaus um die Anschlussfinanzierung kämpfen, wenn nicht sogar thematische Umplanungen bis hin zur Schließung erwogen werden. Die quasi durch die kalte Küche erfolgten Planungen haben zunächst – verständlicherweise – die Nachbarn aufgebracht. Ihnen ging es sicher nicht um die Finanzierung des Mehrgenerationenhauses, sondern um die Verkehrs- und Parksituation, die bis zum heutigen Tage nicht befriedigend gelöst ist, da die Mehrheit hier im Hause sich einer vernünftigen Lösung verschlossen hat. Nur zögerlich kamen Details zu der Finanzierung ans Tageslicht. Schließlich konnten wir alle in der Zeitung lesen, welche mögliche finanzielle Beteiligung der Stadt sich der Träger so vorstellt, um einige Tage später kräftig zurückzurudern und die Planung Mehrgenerationenhaus schließlich einstellte. Die CDU hat sich mit wehenden Fahnen von Anfang an hinter den Träger gestellt, obwohl sowohl der Standort Probleme bereitete und die Finanzierung alles andere als klar war. Selbst der Landessozialminister der damaligen CDU/FDP-Koalition wurde im Rahmen des Landtagswahlkampfes mit diesem Thema bemüht. Die CDU war kurz davor, einen Blankoscheck auszustellen. Zum Glück ist uns dieses finanzielle Fiasko erspart geblieben. Unsere klare Parteinarbeit für den Bürger aber als Populismus auszulegen, wie Sie es von der CDU neulich noch in diesem Zusammenhang wiederholten, beweist Ihre fehlende Kritikfähigkeit und lässt Dünnhäutigkeit erkennen. Man kann nur spekulieren, welche Befindlichkeiten in Ihrer Fraktion eine Rolle spielen.

Beinahe hätten Sie durch Ihre Blockadehaltung das Projekt Dorfgemeinschaftshaus Germinghausen, Junkernhöh, Köppinghausen in Gefahr gebracht. Man muss noch einmal darauf hinweisen: Die Vorlage des eigenen Bürgermeister wird von der Mehrheitsfraktion schlicht und ergreifend von der Tagesordnung abgesetzt. Die Begründung war dürftig. Nicht, dass man in den Ausschüssen oder im Rat hätte diskutieren können und scheinbare Mängel des Antrages sofort ansprechen können. Ihre Vorgehensweise war alles andere als demokratisch. Sie haben da Ihrem Bürgermeister und die Verwaltung, die die baurechtliche Problematik des Vorhabens in vorbildlicher Weise in den Griff bekommen hat, einen Bärendienst erwiesen. Im Übrigen hätten die Einwohner der Dörfer Germinghausen, Junkernhöh, Köppinghausen sicherlich schon Richtfest wenn nicht sogar Einweihung feiern können, wenn die Anträge der SPD-Fraktion im letzten Jahr unterstützt worden wären.

Zum Stellenplan ist anzumerken, dass wir dem Wegfall einer Beigeordnetenstelle im nächsten Jahr nach Pensionierung des derzeitigen Stelleninhabers ausdrücklich zugestimmt haben. Wir haben ferner angemerkt, dass wir es für notwendig halten, dass sich die Stadt Drolshagen bei der Schaffung von Ausbildungsstellen nicht zurückhalten soll. Der Stellenplan für das kommende Jahr weist keine Neueinstellung von Auszubildenden aus. Wir nehmen aber aus den Vorberatungen auch zur Kenntnis, dass Sie offen sind für unsere Argumentation und ggf. im Frühjahr des nächsten Jahres nochmals auf die Sache zurück kommen wollen. Wir stellen daher heute keinen Antrag zum Stellenplan und vertrauen auf Ihre Zusage, die Möglichkeiten zur Einrichtung einer Ausbildungsstelle im nächsten Jahr prüfen zu wollen.

Wir unterstützen ausdrücklich die geplanten Investitionsmaßnahmen und die Einstellung des Zuschussbetrages für die Förderung des Dorfgemeinschaftshauses in Germinghausen. Ebenso nehmen wir zustimmend zur Kenntnis, dass endlich Geld bereit gestellt wird für die Verbreiterung des Gehweges an der Wormickebachbrücke in der Gerberstraße. Hier wird endlich der gefährliche Zustand für Fußgänger an dieser Stelle entschärft. Leider wurde der früher bereits schon in Entwürfen enthaltene Ansatz immer wieder verschoben. In diesem Zusammenhang haben wir auch zustimmend zur Kenntnis genommen, dass anstatt einer Neuanschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges sodenn die Finanzierungsmöglichkeit des Sonderleasings genutzt wurde.

Ebenfalls haben wir der vorzeitigen Verlängerung des Pachtvertrages zur Bewirtschaftung des Hallenbades für weitere 10 Jahre zugestimmt. Die Angelegenheit steht heute im nicht öffentlichen Teil der Sitzung auf der Tagesordnung. Wir sichern damit den Fortbestand unseres Stadtbades, ermöglichen Verein- und Schulschwimmen und ermöglichen Investitionen des Pächters, die uns zu Gute kommen, hierfür allerdings keinen Aufwand zu leisten haben. Es war die richtige Entscheidung, die Betriebsführung einem Privaten zu übertragen. Nur noch einmal zur Erinnerung: Dieses Konzept geht auf den Vorschlag der SPD-Fraktion zurück.

Kritisch sehen wir nach wie vor Ihre Schätzungen zu den Einnahmepositionen im Bereich der Gewerbesteuer. Eine Korrektur hinsichtlich der Kreisumlage ist sicherlich auch vorzunehmen, da der Landrat Ihnen mit der Übersendung der Eckdaten zum Entwurf der Haushaltssatzung 2011 des Kreises Olpe bereits angekündigt hat, den Gesamthebesatz der Kreisumlage um 7,15 % anzuheben.

Ein Wort noch zum NKF: Wenn Ziel sein soll, den Eintritt des Haushaltssicherungskonzeptes um jeden Preis zu vermeiden, müssen die Möglichkeiten des auch NKF genutzt werden. Hier hat der Innenminister in seiner Handreichung umfassend Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt. Dies gilt vor allen Dingen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Erhaltungsaufwand in Investitionsmaßnahmen. Durch geschickte langfristige Planung und Zusammenlegung von notwendigen Maßnahmen können so Erhaltungsaufwendungen in Investitionsmaßen umqualifiziert werden. NKF bedeutet nämlich nicht nur die Erstellung von Zahlen, sondern auch das Ausnutzen von Gestaltungsmöglichkeiten. Nicht Verwaltung, sondern Gestaltung von Zahlen ist angesagt. Dies erhöht im Übrigen auch die Außendarstellung der Stadt im positiven Sinne, da die Anlagendeckung und das Eigenkapital erhöht werden. Es wird nun nach unserer Auffassung Zeit, dass im Haushaltsrecht die Bilanzpolitik als Teil der Kommunalpolitik ankommt. Hierzu dürfte es erforderlich sein, dass auch den Entscheidungsträgern, also sämtlichen Ratsmitgliedern das

notwendige Rüstzeug dafür an die Hand gegeben wird. Es reicht bei der Bilanz- und Haushaltsplanung nicht nur aus, nur Soll an Haben zu buchen, sondern man muss sich vorher darüber im Klaren sein, dass man die zu buchenden Sachverhalte auch planen kann. Hieran muss weiter gearbeitet werden.

Herr Bürgermeister Hilchenbach,

Herr Kämmerer Gerhard Feldmann,

meine Damen und Herren,

wenngleich vieles von uns kritisch begleitet wird, so bleiben wir bei unserer Zusage: In Zeiten, in der unsere Stadt in ein schwieriges finanzielles Fahrwasser gerät, in das sie überwiegend unverschuldet geraten ist, sind wir Drolshagener Sozialdemokraten bereit, Geschlossenheit zu zeigen:

Wir stimmen dem Haushalt 2011 zu!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Thomas Gosmann, Fraktionsvorsitzender

(Es gilt das gesprochene Wort.)